

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 277

Osterweiterung und Transformationskrisen

Von

Herbert Brücker, Thomas Eger, Günter Hedtkamp,
Philipp Herder-Dorneich, Carsten Herrmann-Pillath, Helmut Leipold,
Volker Nienhaus, Hermann Ribhegge, Friedrich Schneider,
Bruno Schönfelder, Wolfram Schrettl, Theresia Theurl,
Uwe Vollmer, Hans-Jürgen Wagener

Herausgegeben von

Hans G. Nutzinger



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 277

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 277

Osterweiterung und Transformationskrisen



Duncker & Humblot · Berlin

Osterweiterung und Transformationskrisen

Von

Herbert Brücker, Thomas Eger, Günter Hedtkamp,
Philipp Herder-Dorneich, Carsten Herrmann-Pillath, Helmut Leipold,
Volker Nienhaus, Hermann Ribhegge, Friedrich Schneider,
Bruno Schönfelder, Wolfram Schrettl, Theresia Theurl,
Uwe Vollmer, Hans-Jürgen Wagener

Herausgegeben von
Hans G. Nutzinger



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Osterweiterung und Transformationskrisen / Hrsg.: Hans G. Nutzinger. –
Berlin : Duncker und Humblot, 2000

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften ; N.F., Bd. 277)

ISBN 3-428-10331-9

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-10331-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Vorwort

Der Ausschuss für Wirtschaftssysteme des Vereins für Socialpolitik hielt seine 31. Jahrestagung vom 26. bis 28. September 1999 in Mainz über das Rahmenthema „Osterweiterung und Transformationskrisen“. Der vorliegende Sammelband enthält die überarbeiteten Fassungen aller Referate sowie die schriftlichen Ausarbeitungen der Korreferate und Kommentare. Gegenüber der ursprünglichen Vortragsfolge, bei der auch die zeitlichen Dispositionen der Referenten und Korreferenten berücksichtigt werden mussten, sind im vorliegenden Sammelband die Beiträge nach inhaltlichen Gesichtspunkten angeordnet. Der Band beginnt mit einigen grundsätzlichen wachstumstheoretischen Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas von *Herbert Brücker* (Berlin) auf der Basis stilisierter Fakten und eines einfachen neoklassischen Wachstumsmodells mit überlappenden Generationen; dabei werden vor allem die Bedingungen für die Konvergenz oder Divergenz von Transformationsländern im Rahmen dieses Modells untersucht. In seinem Kommentar weist *Hermann Ribhegge* (Frankfurt/O.) vor allem auf die Grenzen neoklassischer Modellansätze bei ihrer Anwendung auf die spezifische Situation der Länder Mittel- und Osteuropas hin, die eben zentralen Modellannahmen widersprechen und damit die Brauchbarkeit der theoretischen Analyse relativieren. Der zweite Beitrag „Die Osterweiterung als Prüfstein für die Reformfähigkeit der EU“ von *Helmut Leipold* (Marburg), der die Beitrittsfähigkeit der EU-Kandidaten quasi als Spiegelbild der unzureichenden Reformfähigkeit dieser Union behandelt und insbesondere auf die theoretisch formulierten Zusammenhänge zwischen formalen und informalen Institutionen eingeht, gelangt so zu einer differenzierten Bewertung der „Beitrittskandidaten“ aus institutionentheoretischer Sicht. *Thomas Eger* (Kassel) stimmt im Prinzip den hier formulierten Reformnotwendigkeiten innerhalb der EU im Vorfeld der Osterweiterung zu, plädiert aber für präzisere Begriffsdefinitionen und deutlichere Herausarbeitung der singulären Ausgangsbedingungen im Verhältnis zu den generellen Verhaltenshypothesen. *Leipolds* These, dass durch die Osterweiterung der Einfluss der größeren Mitgliedsländer weiter sinken werde, hält *Eger* aus entscheidungstheoretischen und auch empirischen Gründen trotz ihrer offensichtlichen Plausibilität keineswegs für zwingend.

In dem Beitrag „Rückkehr nach Europa“ von *Hans-Jürgen Wagener* (Frankfurt/O.) geht der Verfasser insbesondere der Frage nach, ob und inwieweit gerade die fortgeschrittenen Transformationsländer nach ihrer politisch erzwungenen „asiatischen *detour*“ nicht wieder in die Richtung streben und sich entwickeln, der sie zumindest im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts eigentlich zugehörig waren.

Das schwierige Feld der Transformationsanforderungen und die Voraussetzungen für eine (Re-)Integration dieser Länder sind Anlass zur Analyse bisheriger Transformationsschritte und der Feststellung, dass sich in der Zwischenzeit „neue Konvergenzclubs“ herausgebildet haben. Angesichts der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und auch religiösen Unterschiedlichkeit der Transformationsländer sind generalisierende Aussagen schwierig und zumindest ergänzende länderspezifische Analysen erforderlich. In seinem Korreferat „Diesseits und jenseits stilisierter Fakten“ geht *Bruno Schönfelder* (Freiberg) vor allem auf die Lage in der Tschechischen Republik, einem nach seiner Wahrnehmung „bevorzugten Opfer transformationstheoretischer Legendenbildung“, ein. Seinen Überlegungen zufolge haben sich die tschechischen Marktwirtschaftler der ersten Stunde bei ihren Vorstellungen einer Kapitalmarktkontrolle von Unternehmen stärker am englischen als am amerikanischen Beispiel orientiert.

Die beiden folgenden „Referatblöcke“ widmen sich nun explizit dem monetären Sektor von Transformationsökonomien. *Theresia Theurl* (Münster) befasst sich mit dem „Zusammenhang zwischen Finanzmarkt- und Währungskrisen in sich transformierenden Ökonomien“, deren gemeinsames Auftreten nach ihrer Analyse gerade aus jenen Anreizstrukturen resultiert, die für Transformationsökonomien typisch sind. Um diesen Zusammenhang zu belegen, untersucht sie detailliert die tschechische Finanzmarkt- und Währungskrise in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Das Auftreten von Banken- und Währungskrisen als „Zwillingskrisen“ lässt sich trotz einer zugrundeliegenden Multikausalität letztlich auch in einer erheblichen Zahl von Fällen empirisch beobachten. *Friedrich Schneider* (Linz) stimmt den Überlegungen der Verfasserin im Kern zu und regt für künftige Forschungen an, sich noch stärker der politisch-ökonomischen Analyse des Zusammenwirkens der Akteure (Staat, Zentralbank, Unternehmen, Banken usw.) zuzuwenden, da sich hieraus ein vertieftes Verständnis vieler isolierter, aber auch gemeinsam auftretender Krisen ergeben werde. Einen institutionenökonomischen Erklärungsversuch der Bankenkrise in Russland unternimmt sodann *Uwe Vollmer* (Leipzig). Jenseits technischer Detailfehler sieht er durchaus nachvollziehbar die Hauptursache der russischen Bankenkrise in einer fehlerhaften und wenig konsistenten staatlichen Wirtschaftspolitik. Einen besonders wichtigen Transformationsschritt erkennt *Vollmer* in der Reform der Finanzpolitik, welche die ausstehenden Steuerschulden konsequenter eintreiben und die Staatsausgaben den Steuereinnahmen so anpassen muss, dass auf die Emission nahezu wertloser und inflationsfördernder Staatspapiere in Zukunft verzichtet werden kann. *Wolfram Schrettl* (Berlin) stimmt in seinem Kommentar den Grundzügen dieser Analyse zu, ergänzt sie jedoch um weitere externe Faktoren, wie etwa den Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl und politisch bedingte Instabilitäten, die zu massenhafter Kapitalflucht führten. Einen weiteren krisenverschärfenden Grund sieht *Schrettl* in einer fehlerhaften Wechselkurspolitik der russischen Zentralbank.

Der Beitrag von *Philipp Herder-Dorneich* (Baden-Baden) „Theorie der Transformationskrise oder: Der Begriff des Unbegriffs“ widmet sich zunächst dem

Nachweis, dass „Transformationskrise“ äußerlich zwar als wissenschaftlich brauchbarer Begriff erscheine, tatsächlich aber ein irreführender „Unbegriff“ sei. In diesem Zusammenhang stellt er auch in Frage, ob Transformationskrise tatsächlich ein derartig klares empirisches Faktum sei, wie dies in weiten Teilen der Transformationsliteratur unterstellt werde. Dazu untersucht der Verfasser sechs unterschiedliche, aber durchaus nicht unverbundene theoretische Ansätze zum Verständnis von Wirtschaftssystemen. Er plädiert dafür, das zugrundeliegende Denken in Idealtypen aufzugeben und sich dem Denken in Modellen zuzuwenden, das durch eine Erfassung der System- und Ideendynamik des Wechsels von einer plan- zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung (also nicht einen einfachen linearen „Übergang“) geprägt sei. Nach einer Diskussion verschiedener denkmöglicher Kombinationen vorhandener theoretischer Ansätze, deren Vereinbarkeit er aber sehr stark problematisiert, erörtert er nochmals den „Unbegriff“ der Transformationskrise als theoretisch fragwürdige und praktisch wenig zielführende Kategorie. In einem kurzen Kommentar problematisiert *Friedrich Schneider* (Linz) seinerseits den Erkenntnisgewinn aus dem „Unbegriff“ der Transformationskrise, denn es bleibe unklar, was an die Stelle dieses Konzeptes in dem von *Herder-Dorneich* geforderten dynamischen Ansatz dann tatsächlich treten könne.

Am Beispiel der Großräume China und Russland untersucht *Carsten Herrmann-Pillath* (Witten/Herdecke) den „Regierungswettbewerb als analytisches Paradigma einer Theorie der Systemtransformation großer Länder“: Staat und Raum, so hebt er hervor, werden in der üblichen Analyse der Transformation weitgehend vernachlässigt, wenn nicht gar vollständig übersehen. Dies führt nicht nur zu theoretischen Defiziten, sondern auch aufgrund einer mangelhaften Erfassung der zugrundeliegenden Akteure und Interessen zu einer Fehlwahrnehmung der tatsächlichen Situation, verbunden mit zweifelhaften Handlungsempfehlungen. Das vorgestellte Konzept des Regierungswettbewerbs stellt nach *Herrmann-Pillath* ein wichtiges neues transformationstheoretisches Paradigma dar, das insbesondere die ungleichen „staatlichen Eigentumsrechte“ unterschiedlicher Hierarchieebenen und Regionen in den Blick nimmt. Angesichts der Vielzahl der betrachteten Institutionen und Akteure sowie der Einbeziehung institutionellen Lernens wird es sehr schwierig, generalisierende Aussagen über die „Dynamik des Regierungswettbewerbs“ zu machen, wie auch der empirische Vergleich zwischen Russland und China zeigt. Immerhin erlaubt es das Konzept des „Regierungswettbewerbs“ nach Meinung des Verfassers, komplexe Situationen (z. B. in Russland und China), die sich von außen her als „Chaos“ darstellen, besser in ihrer vielfältigen Gliederung zu verstehen und daher zu relevanteren Transformationsstrategien zu gelangen. Das Hauptgewicht ruht dabei auf den langfristigen Determinanten für die Emergenz einer funktionsfähigen Ordnung des Regierungswettbewerbs, wie etwa auf der Bedeutung der politischen Kultur für das Verhalten zentralstaatlicher Akteure oder strategischen Situationen bei innerstaatlichen Verteilungskonflikten. *Günter Hedkamp* (München) widmet sich in seinem detaillierten Korreferat insbesondere den finanziellen Beziehungen und den unterschiedlichen Möglichkeiten des Fi-

nanzausgleichs zwischen verschiedenen staatlichen und regionalen Akteuren. *Hedtkamp* verspricht sich einen effizienteren Regierungswettbewerb durch eine Ausweitung des Budgetrechts auf regionale und lokale Akteure, die natürlich mit einer entsprechenden Finanzausstattung versehen werden müssen. Die bislang noch geringe Mobilität der Faktoren, auch beim Kapital, ist eine wesentliche Begrenzung effektiver Regierungs- und Standortkonkurrenz. Ein effektives und dezentrales System politischer Willensbildung könnte hier eine wichtige Funktion haben, um die Präferenz der Bürger(innen) für den regionalen und sektoralen Einsatz öffentlicher Mittel besser zur Geltung zu bringen. Gleichwohl sieht *Hedtkamp*, ähnlich wie *Herrmann-Pillath*, erkennbare Grenzen für verallgemeinerte Aussagen angesichts der Multikausalität und der komplexen Dynamik der in China und Russland stattfindenden Veränderungsprozesse.

Einen ganz anderen Typ von Transformationsprozessen im südlichen Mittelmeerraum untersucht schließlich *Volker Nienhaus* (Bochum), wobei es sich um die politische Ökonomie der angestrebten Markterweiterung der EU auf die Staaten des Maghreb (ohne Libyen) und des Maschrek sowie nach Israel und in die Palästinensischen Autonomiegebiete handelt; hinzu kommen die der EU durch Zollunion verbundenen Länder Türkei, Zypern und Malta. Dieser Raum ist weitgehend, aber nicht vollständig deckungsgleich mit der Region Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA), auf die sich Publikationen der Weltbank und des IWF beziehen. *Nienhaus* wendet nun die Ansätze der Neuen Politischen Ökonomie auf die zentralen Akteure bzw. Akteursgruppen in diesen Ländern an, um die offenkundige Inkonsistenz und Widersprüchlichkeit der Reform- und Transformationspolitik in vielen Mittelmeerländern verständlich zu machen. Weiterhin wird das bisherige Reform- und Transformations-Monitoring der EU beleuchtet, das Finanzhilfen an bestimmte Indikatoren bindet, ohne die Interdependenzen zwischen den jeweiligen Teilbereichen und das Vorherrschen autoritär-autokratischer Regierungsformen hinreichend zu berücksichtigen. Daher sieht *Nienhaus* Anlass zur Besorgnis, dass eine ungeschickte neue Mittelmeerpolitik der EU entgegen ihren eigentlichen Absichten die internen und internationalen Spannungen in diesem Raum eher fördert statt sie abzubauen. Daran anknüpfend stellt *Wolfram Schrettl* (Berlin) in einem kurzen Kommentar einige weitergehende Fragen, die sich u. a. mit dem Problem befassen, wie nun in concreto eine transparentere und objektiver gestaltete Konditionalität des IWF aussehen oder was an die Stelle der Finanzmittel der EU in der Realität treten könnte. Er betont, sicherlich nicht im Widerspruch zu *Nienhaus*, den zentralen Konflikt zwischen den Liberalisierungsbemühungen der Europäischen Union (und anderer supranationaler Organisationen) und dem Interesse autoritär-autokratischer Regime, die sich durch solche Liberalisierungsbemühungen selbst gefährdet sehen werden.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes umfassen eine Vielzahl real- und geldwirtschaftlicher Fragestellungen; sie nehmen die Vielgestaltigkeit institutioneller Voraussetzungen und Veränderungen auf, und sie versuchen, auch „außerökonomische“ Faktoren in Bereichen wie Politik, Rechtsstaat und Kultur in die Unter-

suchungen einzubeziehen. Die erneute Beachtung solcher Faktoren ist nicht als Rückfall in einen theorieleeren Institutionalismus oder Historizismus zu verstehen; vielmehr wird mit der Einbeziehung dieser Elemente der Tatsache Rechnung getragen, dass eng ökonomische, am traditionellen Gleichgewichtsdenken orientierte und institutionell wenig fundierte Analysen von Transformationsprozessen in den vergangenen zehn Jahren nicht nur in theoretische Sackgassen geraten sind, sondern oft auch bei der praktischen Politikberatung mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben. Die von Walter Eucken thematisierte „Interdependenz der Ordnungen“ kommt gerade bei der Analyse von Transformationsprozessen erneut in den Blick, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, wie außerwirtschaftliche Ordnungen so gestaltet und verändert werden können, dass der Wechsel von plan- hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen – sei er nur ein vermeintlich linearer „Übergang“ oder aber gar ein „qualitativer Sprung“ – konsequent, aber den jeweiligen veränderlichen kulturellen und institutionellen Bedingungen angepasst, vonstatten gehen kann.

Den Referenten und Korreferenten danke ich dafür, dass sie sich im Wesentlichen an die engen Zeitvorgaben für die Herstellung publikationsreifer Textvorlagen gehalten haben. Besonderen Dank sage ich Frau Elke Kalden (Universität Gh Kassel) und Frau Heike Frank (Verlag Duncker & Humblot) für ihre geduldige und zuverlässige Unterstützung bei der Herstellung der endgültigen Druckvorlagen.

Kassel, im Juni 2000

Hans G. Nutzinger

Inhaltsverzeichnis

Konvergenz oder Divergenz? Wachstumstheoretische Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas	
Referat von <i>Herbert Brücker</i> , Berlin	13
Korreferat von <i>Hermann Ribhegge</i> , Frankfurt / O.	45
Die Osterweiterung als Prüfstein für die Reformfähigkeit der EU	
Referat von <i>Helmut Leipold</i> , Marburg	51
Korreferat von <i>Thomas Eger</i> , Kassel	85
Rückkehr nach Europa	
Referat von <i>Hans-Jürgen Wagener</i> , Frankfurt / O.	93
Korreferat von <i>Bruno Schönfelder</i> , Freiberg	119
Zum Zusammenhang zwischen Finanzmarkt- und Währungskrisen in sich transformierenden Ökonomien	
Referat von <i>Theresia Theurl</i> , Münster	125
Kommentar von <i>Friedrich Schneider</i> , Linz	157
Bankenkrise in Russland – ein institutionenökonomischer Erklärungsversuch	
Referat von <i>Uwe Vollmer</i> , Leipzig	159
Kommentar von <i>Wolfram Schrettl</i> , Berlin	177
Theorie der Transformationskrise <i>oder</i> : Der Begriff des Unbegriffs	
Referat von <i>Philipp Herder-Dorneich</i> , Baden-Baden	183
Einige (kritische) Bemerkungen von <i>Friedrich Schneider</i> , Linz	211

Regierungswettbewerb als analytisches Paradigma einer Theorie der Systemtransformation großer Länder	
Referat von <i>Carsten Herrmann-Pillath</i> , Witten / Herdecke	213
Korreferat von <i>Günter Hedtkamp</i> , München	255
Transformationsprozesse im südlichen Mittelmeerraum: Außenwirtschaftspolitik der EU und politische Ökonomie von Reformprozessen	
Referat von <i>Volker Nienhaus</i> , Bochum	265
Einige Bemerkungen von <i>Wolfram Schrettl</i> , Berlin	281

Konvergenz oder Divergenz?

Wachstumstheoretische Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas

Von *Herbert Brücker*, Berlin

A. Einführung

Die Teilung Europas in Plan- und Marktwirtschaften hat eine fortschreitende Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen bewirkt. Vor dem Zweiten Weltkrieg betrug das Sozialprodukt pro Kopf in den zehn Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa rund 50 Prozent des Niveaus in den gegenwärtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), während es heute auf rund ein Drittel geschätzt wird.¹ Obwohl die Investitionsquoten in den Planwirtschaften höher als in den entwickelten Marktwirtschaften waren, hat sich der Einkommensabstand zwischen dem Westen und dem Osten Europas kontinuierlich vergrößert. Die fortschreitende Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen dürfte neben der Demokratisierung das zentrale Motiv für den Zusammenbruch der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in den Ländern des ehemaligen Ostblocks gewesen sein. Mit der Transformation der Wirtschaftsordnung war deshalb die Erwartung verbunden, daß mit dem Systemwechsel auch eine Konvergenz zu dem Einkommensniveau der entwickelten Marktwirtschaften in Europa erreicht werden kann. Diese Vorstellung bildet bis heute die Grundlage für die Integration eines Teils der Transformationsländer in die EU. Tatsächlich hat sich der Einkommensabstand zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Ländern in der ersten Dekade nach Beginn der Transformationsprozesse zunächst erheblich vergrößert. Inzwischen zeichnet sich eine dreigespaltene Entwicklung zwischen den einzelnen Transformationsländern ab: In einer Ländergruppe sind seit Überwindung der Transformationsrezession überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten von Produktion und Investitionen zu beobachten, in einer zweiten Gruppe bleibt der Einkommensabstand zur EU nach dem Ende der Transformationsrezession anhaltend hoch, und in einer dritten Gruppe schließlich hält der Rückgang von Produktion und Investitionen seit Beginn der Transformation an, so daß der Einkommensabstand zur EU stetig zunimmt. Insbesondere ärmere Transformationsländer mit geringen Pro-Kopf-Einkommen zu Beginn der Transformationsprozesse sind zu dieser Gruppe zu rechnen.

¹ Alle Angaben sind den Zeitreihen von *Maddison* (1995) entnommen. Vgl. auch den Beitrag von *Wagner* in diesem Sammelband.

Die dreigespaltene Entwicklung – Konvergenz, Stagnation und Divergenz der relativen Einkommen in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern im Vergleich zur EU – stellt die Hypothese, daß mit einer Konvergenz der Wirtschaftsordnung auch eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen verbunden sein wird, in Frage. Natürlich kann die divergierende Entwicklung zwischen den Transformationsländern auf zahlreiche Unterschiede in den institutionellen, makroökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. Diese Unterschiede dürften die wirtschaftliche Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern seit 1989 nachhaltig beeinflußt haben. In diesem Beitrag wird jedoch ein anderer Aspekt des Problems diskutiert: Es geht um die Frage, ob es auch dann zu einem anhaltenden Abstand oder einer Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern kommen kann, wenn eine Konvergenz der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erreicht worden ist. Aus wachstumstheoretischer Perspektive konkurriert die Hypothese der konditionalen Konvergenz, die besagt, daß Volkswirtschaften unabhängig von ihren Anfangsausstattungen unter sonst gleichen Bedingungen langfristig zu dem gleichen Einkommensniveau konvergieren werden, mit der Hypothese, daß Anfangsausstattungen mit Kapital das Einkommensniveau von Volkswirtschaften im langfristigen Wachstumsgleichgewicht beeinflussen können. Trifft die zweite Hypothese zu, dann können Volkswirtschaften mit einer geringen Anfangsausstattung mit Kapital dauerhaft in eine Armutsfalle geraten. In den mittel- und osteuropäischen Ländern fällt die Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen mit der Entwertung eines Teils des Kapitalstocks durch Transformation und Öffnung zusammen. Die Frage, ob die Konsum- und Investitionsentscheidungen von rational handelnden Individuen unter diesen Ausgangsbedingungen zu einer Konvergenz oder Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen führen werden, ist deshalb für diese Länder von besonderem Interesse.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet eine kurze Beschreibung der stilisierten Fakten im Hinblick auf das Wachstum von Output und Investitionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern vor und nach der Transformation der Wirtschaftsordnung (Abschnitt B). Aus unterschiedlichen Wachstumsmodellen können verschiedene Hypothesen über die Konvergenz oder Divergenz von Volkswirtschaften abgeleitet werden. Dabei lassen sich anhaltende Einkommensunterschiede und die Divergenz von Volkswirtschaften nicht allein im Rahmen von endogenen Wachstumsmodellen, sondern auch im Rahmen von Wachstumsmodellen mit neoklassischen Produktionsfunktionen begründen (Abschnitt C). An diese neoklassischen Wachstumsmodelle knüpft die weitere Untersuchung an. Die Probleme einer Dezentralisierung von Investitionsentscheidungen lassen sich eher in Wachstumsmodellen mit überlappenden Generationen untersuchen, in denen Individuen über einen endlichen Zeithorizont planen, als in Modellen, in denen ein unendlich lebender repräsentativer Haushalt analog zu einem benevolenten Planer den Nutzen seiner Dynastie über einen unendlichen Zeithorizont maximiert. Als Referenzmo-

dell wird deshalb der einfachste Fall eines Wachstumsmodells mit überlappenden Generationen, einer Cobb-Douglas-Technologie und konvexen Präferenzen der Individuen verwendet. In diesem Modell ergibt sich, ähnlich wie in dem klassischen Solow-Modell mit konstanter Sparrate, die Konvergenz einer Volkswirtschaft zu einem langfristigen Wachstumsgleichgewicht unabhängig von ihrer Anfangsausstattung mit Kapital. Dieses Ergebnis gilt jedoch nicht mehr, wenn wir die restriktiven Annahmen des Standardfalls lockern. Wenn durch die Nutzenfunktion ein Subsistenzniveau des Konsums berücksichtigt wird, können sich multiple Wachstumsgleichgewichte und eine fortschreitende Divergenz von Volkswirtschaften ergeben. Das gleiche gilt, wenn neoklassische Produktionsfunktionen, die eine geringere Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit als im Standardfall einer Cobb-Douglas-Funktion zulassen, verwendet werden. Schließlich wird untersucht, ob eine Integration von Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Kapitalausstattungen Volkswirtschaften aus einer Armutsfalle befreien können (Abschnitt D). Für die künftige Entwicklung der Transformationsländer ergibt sich die Schlußfolgerung, daß aus theoretischer Perspektive eine Konvergenz der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht zwingend auch zu einer Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Anfangsausstattungen führen wird (Abschnitt E).

B. Wachstum von Produktion und Investitionen in den Transformationsländern: Einige stilisierte Fakten

Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Plan- und Marktwirtschaften bestand darin, daß in Planwirtschaften die Investitionsquote – und damit einer der wichtigsten Parameter für wirtschaftliches Wachstum – weitgehend zentral durch den Staat festgelegt werden konnte, während in Marktwirtschaften der überwiegende Teil der Investitionsentscheidungen dezentral durch die Unternehmen und privaten Haushalte getroffen wird. Diese Handlungsspielräume wurden früher von den Akteuren in Partei und Staat dazu genutzt, höhere Investitionsquoten als in Marktwirtschaften durchzusetzen. Dies betraf nicht nur die Investitionen in Sachkapital, sondern auch Investitionen in Humankapital (*Easterley/Fischer* 1994). Diese Politik der „erzwungenen Ersparnis“ (*Kornai* 1972) bewirkte zunächst recht hohe Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die jedoch mit dem zunehmenden Aufbau des Kapitalstocks deutlich zurückgingen. Während dieser Trend unbestritten ist, sind die Angaben über die Höhe der Niveaus und der Wachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt und Investitionsquoten in den Ländern des früheren Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) unsicher. Aufgrund der unterschiedlichen Systeme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und verzerrter Preise können Niveaus und Wachstumsraten für volkswirtschaftliche Aggregate wie die gesamtwirtschaftliche Produktion und die Investitionsquoten schwer verglichen werden. Um einen groben Eindruck zu vermitteln, sind in